



Übereinkommen 111

Übereinkommen über die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf, 1958

Dieses Übereinkommen ist am 15. Juni 1960 in Kraft getreten.

Ort: Genf

Tagung: 42

[Tabelle der Ratifizierungen](#)

Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation, die vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes nach Genf einberufen wurde und am 4. Juni 1958 zu ihrer zweiundvierzigsten Tagung zusammengetreten ist,

hat beschlossen, verschiedene Anträge anzunehmen betreffend die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf, eine Frage, die den vierten Gegenstand ihrer Tagesordnung bildet, und

dabei bestimmt, daß diese Anträge die Form eines internationalen Übereinkommens erhalten sollen.

In der Erwägung, daß die Erklärung von Philadelphia bestätigt, daß alle Menschen, ungeachtet ihrer Rasse, ihres Glaubens und ihres Geschlechts, das Recht haben, materiellen Wohlstand und geistige Entwicklung in Freiheit und Würde, in wirtschaftlicher Sicherheit und unter gleich günstigen Bedingungen zu erstreben,

daß ferner Diskriminierung eine Verletzung von Rechten bedeutet, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte niedergelegt sind,

nimmt die Konferenz heute, am 25. Juni 1958, das folgende Übereinkommen an, das als Übereinkommen über die Diskriminierung (Beschäftigung und Beruf), 1958, bezeichnet wird.

Artikel 1

1. Im Sinne dieses Übereinkommens gilt als „Diskriminierung“

a) jede Unterscheidung, Ausschließung oder Bevorzugung, die auf Grund der Rasse, der Hautfarbe, des Geschlechts, des Glaubensbekenntnisses, der politischen Meinung, der nationalen Abstammung oder der sozialen Herkunft vorgenommen wird und die dazu führt, die Gleichheit der

Gelegenheiten oder der Behandlung in Beschäftigung oder Beruf aufzuheben oder zu beeinträchtigen;

b) jede andere Unterscheidung, Ausschließung oder Bevorzugung, die dazu führt, die Gleichheit der Gelegenheiten oder der Behandlung in Beschäftigung oder Beruf aufzuheben oder zu beeinträchtigen, und die von dem betreffenden Mitglied nach Anhörung der maßgebenden Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, soweit solche bestehen, und anderer geeigneter Stellen bestimmt wird.

2. Eine Unterscheidung, Ausschließung oder Bevorzugung hinsichtlich einer bestimmten Beschäftigung, die in den Erfordernissen dieser Beschäftigung begründet ist, gilt nicht als Diskriminierung.

3. Die Ausdrücke „Beschäftigung“ und „Beruf“ im Sinne dieses Übereinkommens umfassen die Zulassung zur Berufsausbildung, zur Beschäftigung und zu den einzelnen Berufen sowie die Beschäftigungsbedingungen.

Artikel 2

Jedes Mitglied, für das dieses Übereinkommen in Kraft ist, verpflichtet sich, eine innerstaatliche Politik festzulegen und zu verfolgen, die darauf abzielt, mit Methoden, die den innerstaatlichen Verhältnissen und Gepflogenheiten angepaßt sind, die Gleichheit der Gelegenheiten und der Behandlung in bezug auf Beschäftigung und Beruf zu fördern, um jegliche Diskriminierung auf diesem Gebiet auszuschalten.

Artikel 3

Jedes Mitglied, für das dieses Übereinkommen in Kraft ist, verpflichtet sich, mit Methoden, die den innerstaatlichen Verhältnissen und Gepflogenheiten angepaßt sind,

a) die Zusammenarbeit mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden und anderen geeigneten Stellen anzustreben, um die Annahme und Befolgung dieser Politik zu fördern;

b) Gesetze zu erlassen und Erziehungsprogramme zu unterstützen, die geeignet erscheinen, die Annahme und Befolgung dieser Politik zu sichern;

c) alle gesetzlichen Bestimmungen aufzuheben und alle

Verwaltungsvorschriften oder -gepflogenheiten abzuändern, die mit dieser Politik nicht in Einklang stehen;

d) diese Politik in bezug auf die Beschäftigungen zu befolgen, die der unmittelbaren Aufsicht einer staatlichen Behörde unterstehen;

e) für die Befolgung dieser Politik in bezug auf die Tätigkeit der Stellen und Einrichtungen der Berufsberatung, Berufsausbildung und Arbeitsvermittlung zu sorgen, die der Aufsicht einer staatlichen Behörde unterstehen;

f) in seinen Jahresberichten über die Durchführung des Übereinkommens die gemäß dieser Politik getroffenen Maßnahmen und die erzielten Ergebnisse bekanntzugeben.

Artikel 4

Maßnahmen gegen eine Person, die in berechtigtem Verdacht einer gegen die Sicherheit des Staates gerichteten Betätigung steht oder die sich tatsächlich in solcher Weise betätigt, gelten nicht als Diskriminierung, vorausgesetzt, daß der betreffenden Person das Recht der Berufung an eine nach landesüblicher Weise errichtete zuständige Instanz offensteht.

Artikel 5

1. Die besonderen Schutz- oder Hilfsmaßnahmen, die in anderen Übereinkommen oder Empfehlungen der Internationalen Arbeitskonferenz vorgesehen werden, gelten nicht als Diskriminierung.

2. Jedes Mitglied kann nach Anhörung der maßgebenden Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, soweit solche bestehen, erklären, daß auch andere Sondermaßnahmen nicht als Diskriminierung gelten sollen, sofern diese auf die Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse von Personen abzielen, die aus Gründen des Geschlechts, des Alters, der Behinderung, der Familienpflichten oder der sozialen oder kulturellen Stellung anerkanntermaßen besonders schutz- oder hilfsbedürftig sind.

Artikel 6

Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert, verpflichtet sich, es nach den Bestimmungen der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation auf die außerhalb des Mutterlandes gelegenen Gebiete

anzuwenden.

Artikel 7

Die förmlichen Ratifikationen dieses Übereinkommens sind dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes zur Eintragung mitzuteilen.

Artikel 8

1. Dieses Übereinkommen bindet nur diejenigen Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation, deren Ratifikation durch den Generaldirektor eingetragen ist.
2. Es tritt in Kraft zwölf Monate nachdem die Ratifikationen zweier Mitglieder durch den Generaldirektor eingetragen worden sind.
3. In der Folge tritt dieses Übereinkommen für jedes Mitglied zwölf Monate nach der Eintragung seiner Ratifikation in Kraft.

Artikel 9

1. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat, kann es nach Ablauf von zehn Jahren, gerechnet von dem Tag, an dem es zum erstenmal in Kraft getreten ist, durch Anzeige an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes kündigen. Die Kündigung wird von diesem eingetragen. Ihre Wirkung tritt erst ein Jahr nach der Eintragung ein.
2. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat und innerhalb eines Jahres nach Ablauf des im vorigen Absatz genannten Zeitraumes von zehn Jahren von dem in diesem Artikel vorgesehenen Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht, bleibt für einen weiteren Zeitraum von zehn Jahren gebunden. In der Folge kann es dieses Übereinkommen jeweils nach Ablauf eines Zeitraumes von zehn Jahren nach Maßgabe dieses Artikels kündigen.

Artikel 10

1. Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes gibt allen Mitgliedern der Internationalen Arbeitsorganisation Kenntnis von der Eintragung aller Ratifikationen und Kündigungen, die ihm von den

Mitgliedern der Organisation mitgeteilt werden.

2. Der Generaldirektor wird die Mitglieder der Organisation, wenn er ihnen von der Eintragung der zweiten Ratifikation, die ihm mitgeteilt wird, Kenntnis gibt, auf den Zeitpunkt aufmerksam machen, in dem dieses Übereinkommen in Kraft tritt.

Artikel 11

Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes übermittelt dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zwecks Eintragung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen vollständige Auskünfte über alle von ihm nach Maßgabe der vorausgehenden Artikel eingetragenen Ratifikationen und Kündigungen.

Artikel 12

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat, sooft er es für nötig erachtet, der Allgemeinen Konferenz einen Bericht über die Durchführung dieses Übereinkommens zu erstatten und zu prüfen, ob die Frage seiner gänzlichen oder teilweisen Abänderung auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden soll.

Artikel 13

1. Nimmt die Konferenz ein neues Übereinkommen an, welches das vorliegende Übereinkommen ganz oder teilweise abändert, und sieht das neue Übereinkommen nichts anderes vor, so gelten folgende Bestimmungen:

a) Die Ratifikation des neugefaßten Übereinkommens durch ein Mitglied schließt ohne weiteres die sofortige Kündigung des vorliegenden Übereinkommens in sich ohne Rücksicht auf Artikel 9, vorausgesetzt, daß das neugefaßte Übereinkommen in Kraft getreten ist.

b) Vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des neugefaßten Übereinkommens an kann das vorliegende Übereinkommen von den Mitgliedern nicht mehr ratifiziert werden.

2. Indessen bleibt das vorliegende Übereinkommen nach Form und Inhalt jedenfalls in Kraft für die Mitglieder, die dieses, aber nicht das neugefaßte

Übereinkommen ratifiziert haben.

Artikel 14

Der französische und der englische Wortlaut dieses Übereinkommens sind in gleicher Weise maßgebend.

Convention No. *C111@ref* was ratified by 160 countries.

Country	Ratification date	Status
Afghanistan	01:10:1969	ratified
Albania	27:02:1997	ratified
Algeria	12:06:1969	ratified
Angola	04:06:1976	ratified
Antigua and Barbuda	02:02:1983	ratified
Argentina	18:06:1968	ratified
Armenia	29:07:1994	ratified
Australia	15:06:1973	ratified
Austria	10:01:1973	ratified
Azerbaijan	19:05:1992	ratified
Bahamas	14:06:2001	ratified
Bahrain	26:09:2000	ratified
Bangladesh	22:06:1972	ratified
Barbados	14:10:1974	ratified
Belarus	04:08:1961	ratified
Belgium	22:03:1977	ratified
Belize	22:06:1999	ratified
Benin	22:05:1961	ratified
Bolivia	31:01:1977	ratified
Bosnia and Herzegovina	02:06:1993	ratified

<u>Botswana</u>	05:06:1997	ratified
<u>Brazil</u>	26:11:1965	ratified
<u>Bulgaria</u>	22:07:1960	ratified
<u>Burkina Faso</u>	16:04:1962	ratified
<u>Burundi</u>	25:06:1993	ratified
<u>Cambodia</u>	23:08:1999	ratified
<u>Cameroon</u>	13:05:1988	ratified
<u>Canada</u>	26:11:1964	ratified
<u>Cape Verde</u>	03:04:1979	ratified
<u>Central African Republic</u>	09:06:1964	ratified
<u>Chad</u>	29:03:1966	ratified
<u>Chile</u>	20:09:1971	ratified
<u>Colombia</u>	04:03:1969	ratified
<u>Comoros</u>	17:03:2004	ratified
<u>Congo</u>	26:11:1999	ratified
<u>Democratic Republic of the Congo</u>	20:06:2001	ratified
<u>Costa Rica</u>	01:03:1962	ratified
<u>Côte d'Ivoire</u>	05:05:1961	ratified
<u>Croatia</u>	08:10:1991	ratified
<u>Cuba</u>	26:08:1965	ratified
<u>Cyprus</u>	02:02:1968	ratified
<u>Czech Republic</u>	01:01:1993	ratified
<u>Denmark</u>	22:06:1960	ratified
<u>Dominica</u>	28:02:1983	ratified
<u>Dominican Republic</u>	13:07:1964	ratified
<u>Ecuador</u>	10:07:1962	ratified
<u>Egypt</u>	10:05:1960	ratified
<u>El Salvador</u>	15:06:1995	ratified
<u>Equatorial Guinea</u>	13:08:2001	ratified
<u>Eritrea</u>	22:02:2000	ratified
<u>Ethiopia</u>	11:06:1966	ratified

Fiji	17:04:2002	ratified
Finland	23:04:1970	ratified
France	28:05:1981	ratified
Gabon	29:05:1961	ratified
Gambia	04:09:2000	ratified
Georgia	22:06:1993	ratified
Germany	15:06:1961	ratified
Ghana	04:04:1961	ratified
Greece	07:05:1984	ratified
Grenada	14:05:2003	ratified
Guatemala	11:10:1960	ratified
Guinea-Bissau	21:02:1977	ratified
Guinea	01:09:1960	ratified
Guyana	13:06:1975	ratified
Haiti	09:11:1976	ratified
Honduras	20:06:1960	ratified
Hungary	20:06:1961	ratified
Iceland	29:07:1963	ratified
India	03:06:1960	ratified
Indonesia	07:06:1999	ratified
the Islamic Republic of Iran	30:06:1964	ratified
Iraq	15:06:1959	ratified
Ireland	22:04:1999	ratified
Israel	12:01:1959	ratified
Italy	12:08:1963	ratified
Jamaica	10:01:1975	ratified
Jordan	04:07:1963	ratified
Kazakhstan	06:12:1999	ratified
Kenya	07:05:2001	ratified
Republic of Korea	04:12:1998	ratified
Kuwait	01:12:1966	ratified

<u>Kyrgyzstan</u>	31:03:1992	ratified
<u>Latvia</u>	27:01:1992	ratified
<u>Lebanon</u>	01:06:1977	ratified
<u>Lesotho</u>	27:01:1998	ratified
<u>Liberia</u>	22:07:1959	ratified
<u>Libyan Arab Jamahiriya</u>	13:06:1961	ratified
<u>Lithuania</u>	26:09:1994	ratified
<u>Luxembourg</u>	21:03:2001	ratified
<u>The former Yugoslav Republic of Macedonia</u>	17:11:1991	ratified
<u>Madagascar</u>	11:08:1961	ratified
<u>Malawi</u>	22:03:1965	ratified
<u>Mali</u>	02:03:1964	ratified
<u>Malta</u>	01:07:1968	ratified
<u>Mauritania</u>	08:11:1963	ratified
<u>Mauritius</u>	18:12:2002	ratified
<u>Mexico</u>	11:09:1961	ratified
<u>Republic of Moldova</u>	12:08:1996	ratified
<u>Mongolia</u>	03:06:1969	ratified
<u>Morocco</u>	27:03:1963	ratified
<u>Mozambique</u>	06:06:1977	ratified
<u>Namibia</u>	13:11:2001	ratified
<u>Nepal</u>	19:09:1974	ratified
<u>Netherlands</u>	15:03:1973	ratified
<u>New Zealand</u>	03:06:1983	ratified
<u>Nicaragua</u>	31:10:1967	ratified
<u>Niger</u>	23:03:1962	ratified
<u>Nigeria</u>	02:10:2002	ratified
<u>Norway</u>	24:09:1959	ratified
<u>Pakistan</u>	24:01:1961	ratified
<u>Panama</u>	16:05:1966	ratified
<u>Papua New Guinea</u>	02:06:2000	ratified

<u>Paraguay</u>	10:07:1967	ratified
<u>Peru</u>	10:08:1970	ratified
<u>Philippines</u>	17:11:1960	ratified
<u>Poland</u>	30:05:1961	ratified
<u>Portugal</u>	19:11:1959	ratified
<u>Qatar</u>	18:08:1976	ratified
<u>Romania</u>	06:06:1973	ratified
<u>Russian Federation</u>	04:05:1961	ratified
<u>Rwanda</u>	02:02:1981	ratified
<u>Saint Kitts and Nevis</u>	25:08:2000	ratified
<u>Saint Lucia</u>	18:08:1983	ratified
<u>Saint Vincent and the Grenadines</u>	09:11:2001	ratified
<u>San Marino</u>	19:12:1986	ratified
<u>Sao Tome and Principe</u>	01:06:1982	ratified
<u>Saudi Arabia</u>	15:06:1978	ratified
<u>Senegal</u>	13:11:1967	ratified
<u>Serbia and Montenegro</u>	24:11:2000	ratified
<u>Seychelles</u>	23:11:1999	ratified
<u>Sierra Leone</u>	14:10:1966	ratified
<u>Slovakia</u>	01:01:1993	ratified
<u>Slovenia</u>	29:05:1992	ratified
<u>Somalia</u>	08:12:1961	ratified
<u>South Africa</u>	05:03:1997	ratified
<u>Spain</u>	06:11:1967	ratified
<u>Sri Lanka</u>	27:11:1998	ratified
<u>Sudan</u>	22:10:1970	ratified
<u>Swaziland</u>	05:06:1981	ratified
<u>Sweden</u>	20:06:1962	ratified
<u>Switzerland</u>	13:07:1961	ratified
<u>Syrian Arab Republic</u>	10:05:1960	ratified
<u>Tajikistan</u>	26:11:1993	ratified

Tanzania United Republic of	26:02:2002	ratified
Togo	08:11:1983	ratified
Trinidad and Tobago	26:11:1970	ratified
Tunisia	14:09:1959	ratified
Turkey	19:07:1967	ratified
Turkmenistan	15:05:1997	ratified
Ukraine	04:08:1961	ratified
United Arab Emirates	28:06:2001	ratified
United Kingdom	08:06:1999	ratified
Uruguay	16:11:1989	ratified
Uzbekistan	13:07:1992	ratified
Venezuela	03:06:1971	ratified
Viet Nam	07:10:1997	ratified
Yemen	22:08:1969	ratified
Zambia	23:10:1979	ratified
Zimbabwe	23:06:1999	ratified

[ILO Home](#) [NORMES home](#) [ILOLEX home](#) [Universal Query](#) [NATLEX](#)

For further information, please contact the International Labour Standards and Human Rights Department NORMES at Tel: +41.22.799.7149, Fax: +41.22.799.7139 or by email: infonorm@ilo.org

Copyright © 2004 International Labour Organization ILO

[Disclaimer](#)

webinfo@ilo.org